



Entwurf zur Auflage vom 22. Nov. bis zum 11. Dez. 2019

Fischerei

Fischereirechtliche Bewilligung

Bauvorhaben	Sanierung Kantonsstrasse S, Dorfstrasse, Teilstrecke Egg (Bus haltestelle, Fussgängerübergang, Durchlass und Stützmauer Egg), Schwarzenbach
Gesuchstellerin	Tiefbauamt des Kantons Zug
Gemeinde	Baar
Koordinaten	2'684'511 / 1'224'792
Gever	54527

Das Amt für Wald und Wild,

gestützt auf Art. 8 bis 10 des Bundesgesetzes über die Fischerei vom 21. Juni 1991 (BGF; SR 923.0), auf § 18 Abs. 1 Bst. c des kantonalen Gesetzes über die Fischerei vom 26. Januar 1995 (BGS 933.21) und auf Ziff. 1 Bst. e der Verfügung über die Delegation von Entscheidungsbefugnissen der Direktion des Innern an das Amt für Wald und Wild (BGS 153.714),

verfügt:

1. Dem Tiefbauamt des Kantons Zug wird die fischereirechtliche Bewilligung zur Ausführung des Projekts Sanierung Kantonsstrasse S, Dorfstrasse, Teilstrecke Egg erteilt. Es gelten die folgenden Bedingungen und Auflagen:
 - 1.1 Das Wasserverschmutzungsrisiko (durch Treibstoffe, Baustoffe, Verbrennungsrückstände, Fäkalstoffe, Bilgenwasser, Farblösungen, Korrosionsprodukte, Abfälle etc.) muss während der Bauphase durch geeignete Massnahmen auf ein Minimum beschränkt werden. Die entsprechende Orientierung der mit dem Bau beauftragten Unternehmen und Personen obliegt der Gesuchstellerin.
 - 1.2 Während der Bauphasen muss die Beeinträchtigung der jeweilig tangierten Gewässer durch abgeschwemmte Feinsedimente (Trübung) durch geeignete Massnahmen (Wasser-Bypass um den Baubereich) verhindert respektive gemindert werden.
 - 1.3 Die Arbeiten im oder am Gewässer sind ausserhalb der Schonzeit der Bachforellen auszuführen (Schonzeit: 1. Oktober bis Ende Februar).
 - 1.4 Bei Arbeiten im oder am Wasser ist mit dem zuständigen Fischereiaufseher spätestens zehn Tage vor Baubeginn Art und Umfang einer Baustellenabfischung zu prüfen und zu organisieren. Die Kosten der Abfischung werden nicht in Rechnung gestellt.
 - 1.5 Das Projekt ist gemäss dem technischen Bericht und den Plangrundlagen zu realisieren.

- 1.6 Für die Ausbildung des orographisch rechten Ufers müssen formwilde Blocksteine mit einem Mitteldurchmesser von ca. einem Meter oder mehr verwendet werden. Diese sind so zu versetzen, dass möglichst viele Nischen und Unterschlupfe für die Fische entstehen.
- 1.7 Das neue Bachbett darf nicht breiter ausgestaltet werden wie es sich heute zeigt (variabel zwischen eins und zwei Meter).
- 1.8 Für die konkrete Ausgestaltung des neuen Bachbetts entlang der Dorfstrasse (Positionierung der Blocksteine, Ausgestaltung der Ufer, Schwellen, Pools, etc.) ist die kantonale Fischereifachstelle beizuziehen. Zu diesem Zweck muss eine Teststrecke von ca. 20 Metern ausgebildet und an einer gemeinsamen Begehung begutachtet werden.
- 1.9 Die kantonale Fischereifachstelle ist von der Bauleitung zur Bauabnahme einzuladen.
2. Da die Gesuchstellerin dem gleichen Gemeinwesen angehört wie die entscheidende Behörde, werden ihr in Anwendung von § 24 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes keine Verfahrenskosten auferlegt.
3. Die fischereirechtliche Bewilligung gilt ab Zustellung. Das Vorliegen anderer notwendiger Bewilligungen bleibt vorbehalten.
4. Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen nach der Mitteilung beim Verwaltungsgericht des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Entscheid ist beizulegen oder genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizufügen.

Mitteilung an:

Interne Post:

- Amt für Raum und Verkehr, zur Verfahrenskoordination und zur Erstellung des kantonalen Gesamtentscheids zusammen mit der Baubewilligung
- Tiefbauamt des Kantons Zug, zur Eröffnung zusammen mit der Baubewilligung

Per E-Mail:

- Amt für Raum und Verkehr (z. H. Reto Spiess)
- Amt für Wald und Wild, rechtliche Sachbearbeitung (z. H. Roman Bruder)
- Amt für Wald und Wild, z. H. Fischereiaufsicht

Per Post an:

- Grob Josef, Dorfstrasse 60, 6319 Allenwinden (Eigentümer GS 1002)
- Bünter Johann Rudolf, Alt Rössli, 6319 Allenwinden (Eigentümer GS 3853)

Seite 3/7

Zug, [Datum] - NUCH

Priska Müller
Leiterin

Versandt:

Sachverhalt:

1. Die vorliegende Verfügung wird gestützt auf die folgenden Beurteilungsgrundlagen erlassen:
 - Technischer Bericht, vom 5. November 2019;
 - Situation Strassenprojekt und Kotierung, Massstab 1:200, vom 5. November 2019;
 - Querprofile, Massstab 1:100, vom 5. November 2019;
 - Normalprofile, Massstab 1:50, vom 5. November 2019;
 - Profilierungsplan, Massstab 1:200, vom 5. November 2019;
 - Begehung am 16. April 2019 (AFW, TBA, Gruner Berchtold Eicher AG);
 - Aktennotiz der Begehung vom 16. April 2019 mit Versanddatum 18. April 2019.
2. Das Tiefbauamt des Kantons Zug plant, die Kantonsstrasse S im Bereich Egg zu verbreitern und die Stützmauer durch eine vorgelagerte Rollierung zu sanieren. In diesem Zusammenhang soll der Schwarzenbach im Projektperimeter um ca. drei Meter verlegt werden. Weiter soll der Bach die Dorfstrasse zukünftig in einem neuen Durchlass unterqueren.
3. Mit Schreiben vom 24. Oktober 2019 hat das Tiefbauamt das Amt für Wald und Wild um die Erteilung einer fischereirechtlichen Bewilligung für die Realisierung des vorliegenden Projekts ersucht.
4. Die Kantonsstrasse S, Moosrank bis Schmittli, ist eine Verbindungsstrasse und dient dem Dorf Allenwinden als Zubringer. Mit der Realisierung des Projekts KS 381 (Schmittli bis Nidfuren) wird die Kantonsstrasse S voraussichtlich ab 2021 als Umleitungsroute für den bergwärts fahrenden Verkehr benützt, weshalb der Strassenabschnitt verbreitert, der östliche Strassenrand verschoben und die Stützmauer beim Bach saniert werden müssen. Der schadhafte Durchlass unter der Dorfstrasse soll ersetzt werden.
5. Auf den **obersten 100 m im Projektperimeter** fliesst der Schwarzenbach heute in einem offenen Gerinne entlang der Dorfstrasse (Breite zwischen 1 - 2 m, Längsgefälle ca. 2 %). Die Sohle besteht aus einem natürlichen Kiesgemisch und die Bachsohle ist punktuell mit kleinen Schwellen gesichert. Auf der rechten Bachseite tangiert der Bach auf schätzungsweise der Hälfte der Strecke direkt die Mauer. Die linke Bachseite ist natürlich, mit stellenweise unterspülten Ufern und gewässernahen Sträuchern.
6. Die Sanierung der Mauer soll hauptsächlich durch eine vorgelagerte Rollierung umgesetzt werden (Böschungsneigung 2:3 bis 1:2, Blocksteine formwild mit ø 20-30 cm, flächig in die Böschung eingebaut). Dadurch muss der Bach etwa drei Meter von der Mauer entfernt in das Wiesland verlegt werden. Analog dem Ist-Zustand soll der Schwarzenbach zukünftig einen mäandrierenden Verlauf, ein U-förmiges Profil und kleine Schwellen mit darunterliegenden Pools aufweisen. Im neuen Gerinne sind auch eine Niederwasserrinne (50 x 20 cm) und Störsteine eingeplant. Die Böschung auf der orographisch linken Seite soll im Oberlauf des Schwazenbachs mit einer Neigung von 1:2 erstellt und mit einzelnen

Blocksteinen sowie mit Lebendfaschinen gesichert werden. Bei den kleinen Schwellen ist geplant, durch Schrägstellung der Steine in der Mitte eine Niederwasserkerbe auszubilden, damit auch Groppen wandern können.

7. Der bestehende **Bachdurchlass** unter der Kantonsstrasse mit einer Länge von 37 m ist in baufälligem Zustand. Statt einer Sanierung ist neben dem bestehenden Durchlass ein grösserer Ersatzneubau geplant, der auf ein HQ100 ausgelegt ist. Geplant ist ein Ortbetonbauwerk mit einem rechteckigen Querschnitt und Innenmassen von 2.2 m (H) x 1.6 m (B). Der neue Bachdurchlass wird mit einer Länge von 30 m etwas kürzer als der alte, weil auf der Wasserunterseite der Bachlauf auf einer Länge von 9 m mit seitlichen Stützmauern offen geführt werden soll.

Im Durchlass ist auf der orographisch rechten Seite eine 90 cm breite Lauffläche für landgebundene Säugetiere mit rauer Sohle eingeplant. Da am oberen Ende des Durchlasses der Einstieg nur von der linken Seite her möglich ist, sollen einzelne Blocksteine so im Bachbett versetzt werden, damit die Querung des Bachs bei Normalwasserspiegel möglich wird.

Mit der Kleintierberme (B = 90 cm) ergibt sich eine Niederwasserrinne mit einer Breite von 70 cm. Zum Rückhalt des Substrats sollen 15 cm hohe Schwellen eingebaut werden, wodurch eine naturnahe Sohle mit 10 cm Substrat entstehen soll. Ab einer Wasserhöhe von ca. 45 cm wird die Kleintierberme geflutet.

8. Im **Unterlauf (nach dem Durchlass)** soll das Ufer mit grossen, kantigen und formwilden Blocksteinen im Hinterbeton gesichert werden. Auf das Verfüllen der Fugen soll verzichtet und wo möglich Nischen und Unterstände für die Fische geschaffen werden.
9. Im technischen Bericht ist ein **Konzept für die Baustellenentwässerung** enthalten. Baustellenabwasser soll mit Pumpbetrieb gesammelt und nach einer Behandlung mit Absetzbecken, Schlammseparator und (im Falle von basischem Wasser) mit Neutralisationsanlage in den Schwarzenbach geleitet werden. Während den Arbeiten an der Stützmauer, der Ausgestaltung des neuen Bachbetts sowie des neuen Durchlasses soll das Bachwasser in einem Bypass umgeleitet werden.
10. Gemäss technischem Bericht ist der **Ausführungszeitpunkt** noch nicht definiert. Die Arbeiten sollen aber ausserhalb der **Schonzeiten** der Forellen ausgeführt werden (Schonzeit: 1. Oktober bis Ende Februar).
11. Der Bewilligungsentwurf wird mit der Projektauflage während der Frist von 20 Tagen vom 22. Nov. bis zum 11. Dez. 2019 bei der Einwohnergemeinde Baar, Rathausstrasse 6, 6341 Baar, aufgelegt.

Während der Auflagefrist können Personen, deren Rechte und Pflichten vom Projekt berührt sind und andere Personen, Organisationen oder Behörden, denen ein Rechtsmittel gegen den Entscheid zusteht, bei der Einwohnergemeinde Baar, Rathausstrasse 6, 6341 Baar, schriftlich Einsprache erheben. Die Einsprache muss eine Begründung und einen Antrag enthalten.

Erwägungen:

1. Eingriffe in die Gewässer, ihren Wasserhaushalt oder ihren Verlauf sowie Eingriffe in die Ufer und den Grund von Gewässern brauchen eine Bewilligung der für die Fischerei zuständigen kantonalen Behörde (fischereirechtliche Bewilligung), soweit sie die Interessen der Fischerei berühren können (Art. 8 Abs. 1 BGF).

Im Kanton Zug ist das Amt für Wald und Wild zuständig für die Erteilung einer fischereirechtlichen Bewilligung (§ 18 Abs. 1 lit. c Fischereigesetz, i.V.m. Ziff. 1 Bst. e der Verfügung über die Delegation von Entscheidungsbefugnissen der Direktion des Innern an das Amt für Wald und Wild).
2. Das vorliegende Projekt tangiert die Interessen der Fischerei, indem baulich in den Schwarzenbach eingegriffen und insbesondere auf einer Strecke von ca. 100 Metern der Bachverlauf verändert wird. Die Realisierung des vorliegenden Projektes setzt somit die Erteilung der fischereirechtlichen Bewilligung voraus.
3. Das Projekt kann gemäss den Plangrundlagen ausgeführt werden. Folgende Punkte müssen beachtet werden:
 - Im Projekt ist vorgesehen, für die Rollierung am orographisch rechten Ufer Steine mit einem Durchmesser von 20 - 30 cm zu verwenden. Dadurch würden unterhalb des Mittelwasserspiegels aber nur kleine Lücken und Nischen entstehen, die für grössere Fische uninteressant sind. Für die Ausbildung des rechten Ufers müssen deshalb formwilde Blocksteine mit einem Mitteldurchmesser von ca. einem Meter oder mehr verwendet werden. Diese sind so zu versetzen, dass möglichst viele Nischen und Unterstände entstehen.
 - Das neue Bachbett darf nicht breiter ausgebildet werden, wie es sich heute zeigt (variabel zwischen eins und zwei Meter).
4. Durch das Projekt werden zusammen mit den Auflagen günstige Lebensbedingungen für die Wassertiere nach Art. 9 Abs. 1 lit. a BGF geschaffen werden. Damit ist die Bewilligungsfähigkeit aus fischereirechtlicher Sicht erfüllt und die fischereirechtliche Bewilligung nach Art. 8 Abs. 1 BGF wird erteilt.
5. Im erstinstanzlichen Verwaltungsverfahren trägt die Partei, welche die Amtshandlung in ihrem eigenen Interesse beantragt, die Kosten des Verfahrens (§ 23 Abs. 1 Ziff. 1 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 [Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG, BGS 162.1]).

6. Nach § 24 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 [Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG; BGS 162.1] belastet die entscheidende Behörde dem Gemeinwesen, dem sie angehört keine Kosten (Abs. 1). Den übrigen Gemeinwesen sowie deren Behörden werden Kosten auferlegt, wenn sie am Verfahren wirtschaftlich interessiert sind oder zum Verfahren durch einen groben Verfahrensmangel oder durch eine offenbare Rechtsverletzung Anlass gegeben haben (Abs. 2).

Hinweis:

Zur Verfahrenskoordination und zur Eröffnung des "kantonalen Gesamtentscheids" wird diese Bewilligung dem Amt für Raum und Verkehr zugestellt.
